Gemeinde Marienheide
Der Bürgermeister
Amt 50 Sozialamt

0219/00

Drucksache Nr.

öffentlich

Beschlussvorlage

Tagesordnungspunkt:

Kommunen gegen Rechtsextremismus

Beratungsfolge:	Abstimmungsergebnis			Sitzungs-termin
	einst.	Enth.	Gegen.	
Rat der Gemeinde				24.10.2000

Finanzielle Auswirkungen: Nein

Sachverhalt:

Der Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen hat mit Schreiben vom 20.09.2000 alle kommunalen Gebietskörperschaften über die von der Landesregierung ergriffene Initiative für ein „Bündnis für Toleranz und Zivilcourage – gegen Gewalt und Fremdenfeindlichkeit“ informiert. Begleitend hierzu soll ein Aktionsprogramm durchgeführt werden, für das den Kommunen insgesamt 21,1 Mio. DM aus Mitteln des Gemeindefinanzierungsgesetzes zur Verfügung gestellt werden.
Die Gemeinde Marienheide erhält eine pauschale Zuweisung in Höhe von 13.214,00 DM. Diese Mittel können bis zum 31.12.2001 ausgegeben werden.

Alle im Landtag vertretenen Fraktionen haben diese Initiative der Landesregierung nachdrücklich begrüßt. Der Landtag NRW und der Kreistag Oberberg haben zum Thema „Für Toleranz und Zivilcourage – gegen Gewalt und Fremdenfeindlichkeit“ folgende inhaltlich gleich lautende Resolutionen beschlossen:

„Toleranz hat Tradition in unserem Land. Darum werden wir nicht zulassen, dass Menschen bei uns durch Gewalt, Beleidigung oder Diskriminierung verletzt werden. Wir rufen alle Menschen in Nordrhein-Westfalen dazu auf, überall dort entschieden und klar nein zu sagen, wo sich Gewalt und Fremdenfeindlichkeit zeigen.

Wir ergreifen die Initiative, damit in allen Städten und Gemeinden, Betrieben und Unternehmen, Kirchen, Schulen und Hochschulen, in Medien und Kultur, in Vereinen und im Sport möglichst viele Menschen ermutigt werden, sich jedem fremdenfeindlichen Reden und Handeln zu widersetzen.

Jetzt kommt es darauf an, Flagge zu zeigen durch gemeinsame Aktionen ebenso wie durch kleine Gesten der Menschlichkeit. So wollen wir deutlich machen: Die Menschen in Nordrhein-Westfalen sind tolerant und weltoffen, und sie sind wachsam gegenüber allen Versuchen, die zivilen Grundregeln unseres demokratischen Gemeinwesens auszuhöhlen."

Die Landesmittel können entweder für Aktionen und Projekte der Gemeinde Marienheide verwendet oder an geeignete Organisationen und Initiativen weitergeleitet werden.

Zur Verfolgung des Ziels, das friedliche Zusammenleben von deutschen und ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern im positiven Sinne zu beeinflussen und zu gestalten, kommen insbesondere folgende Verwendungsmöglichkeiten in Betracht:

- Förderung von Maßnahmen und Projekten, die der Information über Gewalt und Rechtsextremismus und dessen Folgen dienen
- Unterstützung von Maßnahmen und Projekten, die geeignet sind Respekt vor kulturellen Traditionen anderer und Toleranz zu fördern
- Förderung des Engagements und der Zivilcourage von Bürgerinnen und Bürgern und von Vereinigungen, Vereinen, Verbänden gegen den Rechtsextremismus, insbesondere durch öffentlichkeitswirksame Maßnahmen.

Der Innenminister denkt hierbei

- Informationsveranstaltungen
- Podiumsdiskussionen
- Ausstellungen
- Schulische Projektwochen
- Nachbarschaftsbegegnungen
- Auszeichnung von Bürgerinnen und Bürgern, die sich durch persönlichen Einsatz für Toleranz und gegen Fremdenfeindlichkeit besonders hervorgetan haben
- Veranstaltungen in Volkshochschulen und Weiterbidlungseinrichtungen.

Ggfs. können die Mittel auch im Zusammenhang anläßlich bestehender Städtepartnerschaften verwendet werden.

Hinsichtlich der Konkreten Verwendung der Mittel in Marienheide werden die Fraktionen um entsprechende Vorschläge bis 10.11.2000 gebeten.

Auf den Antrag der CDU-Fraktion vom 09.10.2000 (s. Anlage), der absprachegemäß nicht als gesonderter TOP ausgewiesen wird, wird verwiesen.

Beschlussvorschlag:

1. Der Rat der Gemeinde begrüßt nachdrücklich die inhaltsgleichen Beschlüsse des Landtags NRW und des Kreistags Oberberg (s. Sachverhalt). Weiterhin begrüßt der Rat die Initiative der Landesregierung vom 15.08.2000, in einem Bündnis gemeinsam mit allen Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes sowie allen gesellschaftlich relevanten Vereinigungen gegen Gewalt und Fremdenfeindlichkeit aktiv zu werden. Der Rat begrüßt und unterstützt eine entsprechende Initiative auf Gemeindeebene.
2. Über konkrete Vorschläge der Fraktionen zur Verwendung der Landesmittel wird in den Sitzungen des Haupt- und Finanzsausschusses am 28.11.2000 und des Rates am 12.12.2000 beraten.

Uwe Töpfer

Marienheide, 04. Oktober 2000